

## 7. Westliche Reaktionen auf den Mauerbau

Nach dem 13. August 1961 richten sich viele Hoffnungen auf Gegenmaßnahmen der Westmächte. Doch darauf warten die Deutschen vergebens; schon mit ersten Reaktionen lassen sich die West-Alliierten Zeit. Die führenden Staatsmänner des Westens befinden sich am 13. August 1961 in Urlaub, unterbrechen ihre Ferien nicht und nehmen keinen Kontakt miteinander auf. Erst zwei Tage später, am 15. August 1961, protestieren der amerikanische, der englische und der französische Stadtkommandant im Auftrag ihrer Regierungen beim sowjetischen Stadtkommandanten, Oberst A. J. Solowjew, gegen die "illegalen" Absperremaßnahmen. Eine Forderung, die Abriegelung aufzuheben und den Stacheldraht wieder zu beseitigen, enthält der Protestbrief nicht. Kühl weisen die Sowjets den Protest als "vollständig unangebrachte" Einmischung in Maßnahmen der DDR-Regierung zurück.

Die Berliner fühlen sich vom Westen im Stich gelassen. Der Regierende Bürgermeister Willy Brandt bringt dies in einem Brief an den amerikanischen Präsidenten zum Ausdruck: "Berlin erwartet mehr als Worte, Berlin erwartet politische Aktionen." Die Reaktion Kennedys kommt dieser Erwartungshaltung nicht entgegen. Nur durch eine militärische Aktion, so seine ernüchternde Antwort, könne die offensichtlich von der Sowjetunion getragene Entscheidung, die Grenze zu schließen, rückgängig gemacht werden. "Weder Sie noch wir noch irgendeiner unserer Verbündeten", teilt er Willy Brandt mit, hätten jedoch "jemals angenommen, daß wir an diesem Punkt einen Krieg beginnen müßten."

Die Zeitgenossen erleben den 13. August 1961 nicht als die Zäsur, als die er im Nachhinein erscheint. Für alle ist noch offen, was der nächste Schritt sein wird. Ein Aufstand in der DDR, durch unbedachte westliche Reaktionen angeheizt, kann die Lage ungemein verschärfen. Eine Sperrung der Zugangswege nach Berlin als nächster Schritt der Sowjetunion und der DDR würde die West-Alliierten vor die Frage stellen, ob sie zur Verteidigung ihrer Berlin-Rechte einen Atomkrieg riskieren sollen.

Erst in den nächsten Monaten schält sich allmählich heraus, dass Chruschtschow - sehr zur Enttäuschung von Ulbricht - auf sein Ultimatum und seine Maximalziele verzichtet und sich mit der Unterbindung des Flüchtlingsstroms begnügt. Chruschtschow wird keinen separaten Friedensvertrag mit der DDR abschließen und die Kontrolle über die Zugangswege nach Berlin für die Westmächte in sowjetischen Händen behalten.

- [RIAS, Erklärung des Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt nach der Sondersitzung des Senats, 13. August 1961](#)
- [RIAS: Erklärung von Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer, 13. August 1961](#)
- [Note der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten an die Regierung der UdSSR, 17. August 1961](#)
- [Note der Regierung der UdSSR an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten, 18. August 1961](#)
- [Brief des Regierenden Bürgermeisters von West-Berlin, Willy Brandt, an den amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy, 16. August 1961](#)
- [Brief des amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy an den Regierenden Bürgermeister von West-Berlin, Willy Brandt, 18. August 1961](#)